



Union: „Pakt für Deutschland“

Die Union bietet zur Bekämpfung der Rekord-Arbeitslosigkeit der Bundesregierung einen „Pakt für Deutschland“ an und hat dafür ihre Reformvorhaben bekräftigt.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, wiederholte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Ersten Stellvertretenden Fraktionsvorsit-

zenden und Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Michael Glos, die Forderung von CDU und CSU, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um bis zu 1,5 Punkte von derzeit 6,5 Prozent des Arbeitnehmerinkommens abzusenken. Durch diese Verringerung der Lohnnebenkosten könnten sofort rund 150.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. ►

INHALT

Merkel: Fischer wälzt Verantwortung für die Visa-Affäre ab

Seite 3

Politischer Aschermittwoch in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

Seite 4–5

HEUTE AKTUELL

■ Union: „Pakt für Deutschland“ (Seite 1–2)
 ■ Merkel: Fischer wälzt Verantwortung ab (Seite 3)
 ■ Eckart von Klaeden: Fischer rückt ins Zentrum der Schleuser-Affäre (Seite 3)
 ■ Merkel: „Schröder ist mit seinem Latein am Ende“ (Seite 4–5)
 ■ Schleswig-Holstein: Das Land braucht den Wechsel (Seite 6)
 ■ Auslandsbesuch: Merkel zu Gast in No. 10 Downing Street (Seite 7)
 ■ Internet: Eigene Homepage leicht gemacht (Seite 8–9)
 ■ Frauen Union: Familienpolitische Leistungen bündeln? (Seite 10)
 ■ Hartmut Koschyk: Schröder springt zu kurz (Seite 11–12)
 ■ Michael Meister: Hüh und Hott bedeutet Stillstand (Seite 11)
 ■ Peter Götz: Kommunen warnen vor Defizit (Seite 12)

► Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der Bundestagsfraktion forderte die Bundesregierung zugleich zu weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf. Instrumente wie die Personal-Service-Agenturen, Ich-AG's und Job-Floater hätten die Erwartungen nicht erfüllt.

Insbesondere bei den Zuverdienstmöglichkeiten sieht Merkel Handlungsbedarf. Dies gelte vor allem für den Bereich bis zu 400 Euro. Empfänger von Arbeitslosengeld II dürfen vom Zuverdienst bis zu 400 Euro nur 15 Prozent behalten. Für manchen Empfänger ist daher ein Ein-Euro-Job womöglich attraktiver, als sich um einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bemühen. Außerdem sprach sich Angela Merkel für eine Ausweitung der betrieblichen Bündnisse für Arbeit aus, die Abweichungen von Tarifverträgen erlauben sollen. Darüber hinaus müssten der Bürokratieabbau vorangetrieben und die Unternehmenssteuern gesenkt werden.

In der Debatte um die Reform der Unternehmensteu-



Michael Glos: „Der Bundeshaushalt ächzt und pfeift aus dem letzten Loch.“

ern sei zunächst die Bundesregierung am Zug. „Wir sind gesprächsbereit“, sagte Angela Merkel. Wenn die Regierung Vorschläge mache, dann werde die Union ein „konstruktiver Gesprächspartner“ sein, betonte Merkel.

Die CDU-Vorsitzende bewertete die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst als Schritt in die richtige Richtung. Allerdings gehe das Ergebnis nicht weit genug. „Angesichts der realen Situation in einigen Ländern ist der Tarifaabschluss nicht ausreichend“, sagte Merkel. Die Öffnungsklauseln in dem Tarifvertrag seien hinter Ländern wie Bayern oder Hessen „zurückgeblieben“. „Das wird auf Dauer zu Friktionen führen.“

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333, Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abstellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Merkel: Fischer wälzt Verantwortung ab

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat Bundesaußenminister Joschka Fischer vorgeworfen, von Verantwortung für den massenhaften Visa-Missbrauch zuspochen, die Verantwortung in Wirklichkeit aber auf die Mitarbeiter seines Ministeriums abzuwälzen.

„Herr Fischer weiß in der Sache nicht mehr ein noch aus“, sagte Merkel vor Journalisten in Berlin. Dabei stelle er die Interessen seiner Partei vor die Interessen des Landes. Die CDU-Vorsitzende kündigte eine gründliche Aufklärung im Untersuchungsausschuss des Bundestages an. Dabei werde es auch um die Rolle von Bundeskanzler Schröder gehen.



Angela Merkel

Wenn es richtig sei, dass sich das Kabinett mit der Visa-Affäre befasst habe, müsse gefragt werden, warum der Kanzler nicht eingegriffen habe, so Merkel.

Hintergrund ist ein Erlass des Auswärtigen Amts, der vom damaligen Staatsminister im Auswärtigen Amt,

Ludger Volmer, initiiert und von Fischer unterzeichnet worden war. Dem Erlass zufolge sollten Konsularbeamte im Zweifel für die Reisefreiheit entscheiden. Durch die Regelung konnten u.a. zehntausende Männer und Frauen zur Schwarzarbeit und Zwangsprostitution eingeschleust werden.

Zum Verhalten Fischers erklärte Merkel: „Herr Fischer hat die Warnungen der Botschaften, des Bundesinnenministeriums und anderer Institutionen an sein Haus offenbar konsequent ignoriert.“ Dies habe die innere Sicherheit in Deutschland gefährdet und menschenunwürdige Verhältnisse möglich gemacht.

FISCHER RÜCKT INS ZENTRUM DER SCHLEUSER-AFFÄRE

Der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt und außenpolitische Sprecher der Grünen, Ludger Volmer, war in der Schleuser-Affäre nach eigenem Bekunden nur eine Randfigur. Sein Rücktritt rückt Fischer nun auch für die Öffentlichkeit ins Zentrum der Schleuser-Affäre.

Mit seinem Rücktritt hat Herr Volmer die längst fälligen Konsequenzen aus der Korruptions-Affäre um die

Verquickung von Amt, Mandat und seiner sog. mandatsbegleitenden Berufstätigkeit mit der Firma Synthesis gezogen. Es ist allerdings bedauerlich, dass er sich zu einem Opfer zu stilisieren versucht. Wäre er allein einer Kampagne gegen ihn ausgesetzt gewesen – wie er behauptet – hätte er auch nicht zurücktreten müssen.

Bundesaußenminister Fischer ist rechtlich, politisch und moralisch verantwort-

lich für die chaotischen und alarmierenden Zustände an den deutschen Botschaften und die erschreckenden Folgen unter anderem für die innere Sicherheit unseres Landes. Das, was bisher bekannt ist, ist, ist erst die Spitze des Eisbergs.

Eckart von Klaeden ist Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und Obmann im Untersuchungsausschuss „Visa- und Schleuserkriminalität“.

Politischer Aschermittwoch

Merkel: „Schröder ist mit seinem Latein am Ende“

Auf den Aschermittwochs-Veranstaltungen der schleswig-holsteinischen CDU in Neumünster und der CDU Mecklenburg-Vorpommern in Demmin haben die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel und CDU-Generalsekretär Volker Kauder mit der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik abgerechnet.



Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen und Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel in Neumünster

Schleswig-Holstein

Es sei „geradezu verächtlich“, wenn Wirtschaftsminister Wolfgang Clement angesichts von über fünf Millionen Arbeitslosen dazu aufrufe, man solle nicht in Panik verfallen, sagte Merkel in den Applaus der rund 1.300 Anhänger in der Holstenhalle in Neumünster. Hinter den Zahlen stünden oft genug Familien, die nicht wüssten, wie es weitergeht. Die Partei- und Fraktionsvor-

sitzende erinnerte daran, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder 1998 erklärt habe, er wolle nicht wiedergewählt werden, wenn die Zahl der Arbeitslosen nicht signifikant sinke. Im Jahr 2000 habe Schröder gar eine Reduzierung auf 3,5 Millionen Arbeitslose als Ziel ausgegeben. „Irgendwie kann der Mann Plus und Minus nicht auseinander halten“, unterstrich Merkel.

Die Menschen hätten es „satt, mit falschen Prophezeiungen immer wieder hinters Licht geführt zu wer-

den“. Inzwischen sei für jeden klar, dass Schröder mit seinem „Latein am Ende“ sei.

Dabei habe die Politik die Aufgabe, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Erneut warb die CDU-Vorsitzende für eine Ausweitung von betrieblichen Bündnissen für Arbeit, um so Arbeitsplätze zu sichern. Auch müsse der Kündigungsschutz so verändert werden, dass ältere Arbeitslose wieder eine Chance erhielten. Es sei „nicht menschlich“, dass ältere Arbeitnehmer viel zu oft keine Anstellung mehr fin-

den würden, sagte die CDU-Vorsitzende. Als christliche Partei werde sich die CDU damit nicht abfinden. Merkel verwies darauf, dass Deutschland früher das Land der „Erfinder, Tüftler und Ingenieure“ gewesen sei. Heute jedoch gebe es „keine einzige Super-Uni, weil im Lande Gleichmacherei“ herrsche. Aberwitzig sei auch der Ausstiegs-Beschluss aus der Kernkraft. Seine 20 neuen Atomkraftwerke werde China jetzt eben nicht in Deutschland ordern, sondern in Frankreich oder in den USA. Die dazu passenden Arbeitsplätze würden natürlich auch im Ausland entstehen.

Anschließend kündigte CDU-Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen an, er werde Schleswig-Holstein nach der Landtagswahl am 20.

Februar „aus Perspektivlosigkeit, Stagnation und Lähmung“ herausführen. In der Amtszeit von Ministerpräsidentin Simonis, weit und breit bekannt als „Schulden-Heidi“, habe sich der Schuldenberg des nördlichsten Bundeslandes verdoppelt. Mit 6.800 Euro sei die Pro-Kopf-Verschuldung in Schleswig-Holstein heute viermal so hoch wie in Bayern.

Mecklenburg-Vorpommern

Beim 10. Politischen Aschermittwoch der CDU Mecklenburg-Vorpommern in Demmin machte der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Volker Kauder, die Bundesregierung für den traurigen Rekord von

über fünf Millionen Arbeitslosen verantwortlich. „Der Aschermittwoch“, so Kauder vor den mehr als 1.500 Gästen, „ist in diesem Jahr nicht nur ein trauriger Tag, weil nunmehr eine sechswöchige Fastenzeit beginnt. Das ganze Jahr wird mit dieser Bundesregierung so traurig bleiben“.

Zum Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus sagte Kauder: „Arbeitslosigkeit ist nicht die einzige Ursache, dass sich Menschen ohne Zukunftsperspektive rechten Parteien zuwenden, aber man muss auch diese Ursache benennen dürfen.“ Kanzler Schröder sei selbst der „Jobkiller Nummer eins“ in diesem Land.

Der Vorsitzende der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Eckhardt Rehberg, warf der SPD/PDS-Landesregierung vor, „Zeit vertan“ zu haben. Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) bezeichnete er als „Dinosaurier der Politik“ und beklagte die verlorene Zeit, die Mecklenburg-Vorpommern auszuhalten habe, seit die „Genossen“ an der Macht seien. „Stillstand“ sei vorherrschend im Land. Rehberg rief dazu auf, alles zu tun, damit Ministerpräsident Ringstorff bald seine Rente genießen könne.



Generalsekretär Volker Kauder und Landesvorsitzender Eckhardt Rehberg in Demmin

Schleswig-Holstein

Das Land braucht den Wechsel

Die veröffentlichten vorläufigen Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung Schleswig-Holsteins in den ersten 10 Monaten 2004 können nur oberflächlich über die leider nach wie vor desaströse Situation der Wirtschaft im nördlichsten Bundesland hinwegtäuschen.

Entgegen dem schönen Schein zeigt sich bei genauem Hinschauen sehr bald, dass die Wirtschaftsentwicklung leider keineswegs so befriedigend ist wie die bekannt gegebenen Zahlen vorgaukeln. Die Steigerung 2004 ist nur die Erholung von einem Minus-Wachstum 2003.

Nach einem erheblichen Einbruch 2003 durch eine rückläufige Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes erfolgte in den ersten Monaten des Jahres 2004 praktisch nur die Erholung und Normalisierung. Dabei haben sich vor allem auch die Produktionszwänge in der Energiewirtschaft ausgewirkt, da es im Vorjahr Produktionsausfälle bei den KKWen gegeben hatte (StatLA Info 102/2004).

Charakteristisch für das Jahr 2004 ist eine Reihe von

"Einmaleffekten", die zu einem punktuellen Wachstum führten und das Gesamtbild bei der ersten Betrachtung verfälschen. Wesentlich hierfür sind vor allem

die Chemie-Branche durch die überdurchschnittliche Ölförderung (Mittelplate ca. 2 Mio. Tonnen Erdöl = ca. 14 Mio. Barrel) und der Ölpreisanstieg (von durchschnittlich 20 auf 50 Dollar). Positiv wirkte sich auch die Tatsache aus, dass das Kraftwerk Brunsbüttel 2004 – nach Produktionsausfällen im Vorjahr – kontinuierlich am Netz war.

Die reine Statistik täuscht für 2004 ein unzutreffendes Bild vor. Tatsächlich gibt es einen dramatischen Verfall des Landes infolge falscher oder unterliebener Strukturentscheidungen.

Tatsächlich hatten wir in Schleswig-Holstein im Jahr 2004

- einen Rückgang bei der Beschäftigung (- 11.000),
- einen Nachkriegsrekord bei der Arbeitslosigkeit mit den höchsten Zahlen aller alten Länder außer Bremen,



Dietrich Austermann



Hildegard Kramer

- ein Zuwachs von Insolvenzen (+ 11,2%),
- ein Rückgang bei der Zahl der Betriebe (- 2,4%),
- ein Umsatzrückgang beim Bauhauptgewerbe (- 5,5%),
- ein Rückgang der Übernachtungszahlen im Tourismus (- 4,9%),
- den niedrigsten Gewerbesteueranstieg aller Bundesländer (+ 0,3%, Bundesdurchschnitt + 9,7%),
- einen Rückgang öffentlicher Investitionen (- 1,7%).

Es ist dringend an der Zeit, durch eine neue Politik für mehr Impulse im Mittelstand, mehr Wachstum, Investitionen und Bürokratieabbau zu sorgen. Das Land braucht den Wechsel.

Dietrich Austermann, ist Finanzexperte, **Hildegard Kramer**, ist Wirtschaftsexpertin im Kompetenzteam von Peter Harry Carstensen für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein.

Merkel zu Gast in No. 10 Downing Street

Während ihres zweitägigen Besuchs in Großbritannien hat sich die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, mit Premierminister Tony Blair getroffen. Bei der halbstündigen Unterredung in der Londoner Downing Street stand die Europapolitik im Mittelpunkt.

Die EU-Kommission müsse zu Reformen ermutigt werden, damit „wir endlich auf einen Wachstumspfad kommen“, sagte Merkel anschließend. Bei den Reformen für die Staatengemeinschaft falle Deutschland „eine zentrale Rolle zu“.

Zuvor war die Vorsitzende der CDU Deutschlands mit dem konservativen britischen Oppositionsführer Michael Howard zusammengetroffen. Dabei war unter anderem die deutsche Arbeitsmarktpolitik Thema des



Angela Merkel mit dem britischen Premierminister Tony Blair

Foto: dpa

Gesprächs. Angesichts von mehr als fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland bezeichnete Howard weitere Reformen als „unumgänglich“. Ungeachtet einiger Meinungsverschiedenheiten in der Europapolitik vereinbarten Merkel und Howard anschließend eine engere Zusammenarbeit ihrer Parteien.

Begleitet wurde die Partei- und Fraktionsvorsitzende bei ihrem Aufenthalt in der britischen Hauptstadt vom stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Meister, sowie vom außenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Friedbert Pflüger.

Der London-Besuch Angela Merkels wurde insbesondere von der Tageszeitung „The Times“ ausführlich gewürdigt. In ihrer Ausgabe vom 4. Februar 2005 schreibt die britische Zeitung u.a.:

„Der Kanzler Gerhard Schröder ... hat in den vergangenen Monaten in den

Meinungsumfragen ein beeindruckendes politisches Comeback hingelegt. Aber die Deutschen haben zu ihm und seiner Partei eine sehr glaubwürdige Alternative. Angela Merkel, die Vorsitzende der CDU, steht für eine Vision, die das Beste der Schröderschen Reformen und ein wesentlich

besseres Gespür für die außenpolitischen Prioritäten Deutschlands einschließt. Merkel hat in ihrem Amt an Statur gewonnen. So wie die Deutschen in ihrer Haltung zu den Reformen schwanken, so ist ihre Popularität gestiegen und gesunken. Sie zumindest hat eine klare Linie.“

Internet

Eigene Homepage leichtgemacht

Eine aussagekräftige Präsenz im Internet ist auch auf lokaler Ebene für eine erfolgreiche Politik heute unerlässlich. Um Sie bei der Erstellung Ihrer Seiten zu unterstützen, haben CDU und UBG Musterseiten entwickelt, die Sie als Vorlage für Ihre Web-Seite nutzen können.

Diese Musterseiten bauen auf dem neuen Corporate Design der CDU auf. Unser neues Logo ist hier ebenso eingebunden wie das Orange. Sie finden die Musterseiten sowie zahlreiche Tipps und Hinweise zur Nutzung unter:

www.musterstadt.cdu.de

Da das Arbeiten mit HTML und Quellcode aber Fachkenntnisse voraussetzt, über die nicht jedermann verfügt, sind manchmal weitere Hilfen auf dem Weg ins Netz erforderlich. Es gibt zahlreiche Firmen, die Redaktions-Systeme entwickelt haben, mit denen die Pflege einer Internetseite so einfach ist wie das Arbeiten mit Word.

Der entscheidende Vorteil ist, dass damit auch Vorsitzende oder Pressesprecher Texte und Bilder direkt einstellen können, und nicht bei jeder Aktualisierung auf

Christlich Demokratische Union Deutschlands

Bergstraße Heppenheim

» Home » Kontakt » Impressum » Inhaltsverzeichnis

Aktuelles

- » News
- » Archiv
- » Termine
- » Presse
- » Pressearchiv

Vorstand

- » Geschäftsführend
- » erweitert

Fraktion & Mandatsträger

- » Fraktion
- » Magistrat
- » Ortsbeiräte
- » Sonstige

Bilder

- » Alle Bilder
- » Heppenheim

Interaktiv

- » Mitglied werden
- » Newsletter abonnieren
- » Umfragen
- » Gästebuch
- » Surftipps & Downloads

Herzlich willkommen

Bergstraße Heppenheim

Liebe Mitbürgerinnen und -Bürger,

ich freue mich Sie im Namen aller Mitglieder als Webmaster der CDU Heppenheim auf unserer neuen Homepage begrüßen zu dürfen. Sie finden hier Informationen über den CDU Stadtverband sowie Mandatsträger.

Matthias Horn

Ich möchte Sie einladen: Machen Sie sich selber ein Bild von unserer politischen Arbeit. Kritik und Verbesserungsvorschläge nehmen wir jeder Zeit gerne entgegen.

Weitere Meldungen

Ulrich Obermayr

Zufallsbild

Pressemeldungen

Thema Stadtreise

Heile Kartoffeln und harte Worte

Sagenhaft, was Hepprum schafft

Ulrich Obermayr

Die Zukunft als Programm

Tickler

Am 8. Mai wird kein HDP-Aufmarsch im Brandenburger Tor stattfinden

Merkel: "Das Problem Schröder existiert nur noch bis September 2004"

Merkel fordert Aufklärung der Visi-Affäre

Refall: Zehn-Punkte-Plan für

www.cdu-heppenheim.de

einen technisch versierten Webmaster angewiesen sind.

Einige dieser Redaktions-Systeme haben wir in der Internet-Redaktion der CDU-Bundesgeschäftsstelle getestet und möchten sie in

den kommenden Ausgaben des UID vorstellen.

Wir starten mit einem Angebot der Firma SharknessMedia aus Münster. SharknessMedia hat ein Redaktionssystem entwickelt, mit

Neue Schriftart zum Download

Im CDUnet können Sie jetzt die neue Schriftart „CDU Kiewit“ downloaden.

Druckportal

Bestellen Sie online im CDUnet Visitenkarten und Briefbögen.

Zum Login CDUnet →

Unser neues Erscheinungsbild. CI Portal

CDU

INFOS ZUM CI	SERVICE	ONLINE	LOGO
Die CI der CDU und die Europawahlkampagne 2004. Alle Infos zum neuen CI auf einen Blick zum Download. - Informationsbroschüre - Power Point Demos - Gestaltungsrichtlinien Zu den Inhalten →	Kleine Helfer, die die tägliche Arbeit erleichtern Hier finden Sie Vorlagen im neuen CI zum Download: - Word-Vorlage (mit Erklärung) - Power-Point-Vorlage Zu den Vorlagen →	CI-Anwendungen im Internet Welche Gestaltungsmöglichkeiten bietet die neue CI im Internet? Zu den Musterseiten →	Das neue Logo Diverse Logo-Vorlagen zur Anwendung im Print- und Onlinebereich Zu den Logo-Vorlagen →

www.musterstadt.cdu.de

dem die Inhalte einer Internetseite einfach und komfortabel zu pflegen sind. Dazu sind keinerlei Programmierkenntnisse erforderlich.

Für CDU-Kunden hat SharknessMedia Vorlagen entwickelt, die auf den Musterseiten der Bundesgeschäftsstelle basieren und dennoch reichlich Raum für regionale Anpassungen bieten. Diese Regionalisierung ist den Geschäftsführern der Firma, Jörn Rhinow und Benedikt Wolters, wichtig. „Zu unserem Angebot gehört daher nicht nur die Bereitstellung des Redaktionssystems, sondern auch die Produktion von individuellen Grundgrafiken und die Einbindung des eigenen Verbands-Logos“, erläutert Wolters.

Einige CDU-Verbände nutzen das System bereits und sind begeistert. „Unsere Webseite ist dank SharknessMedia immer topaktuell und entspricht dem neuen CDU-Layout. Individuelle grafische und technische Wünsche werden schnell und kompetent bearbeitet“, berichtet etwa Matthias Horn, zweiter Vorsitzender der CDU Heppenheim. Er nennt das Redaktionssystem von SharknessMedia „erstklassig“ und das Preis-Leistungsverhältnis „unschlagbar“.

www.cdu-ruegen.de

Auch Klaus-Dieter Schönfelder, Kreisgeschäftsführer der CDU Rügen, ist von dem System „auf ganzer Linie überzeugt“.

Im Gegensatz zu anderen Redaktions-Systemen ist auch das Einstellen von Fotos mit dem System von SharknessMedia recht einfach. Die Darstellung für den Nutzer wirkt auch in

diesem Bereich sehr professionell.

Die Kosten für einen Auftritt mit dem System von SharknessMedia sind abhängig von dem gebuchten Leistungspaket. Bereits mit dem Paket für 9,95 Euro pro Monat lassen sich aber Auftritte wie die der CDU Heppenheim und Rügen realisieren. Die Übernahme der Daten von bisher genutzten Internetseiten ist dabei bereits im Preis enthalten.

Die verschiedenen Angebote und der genaue Leistungsumfang werden auf der Internetseite

www.sharkness.de

genau vorgestellt. Bitte informieren Sie sich dort, ob das Angebot der Firma SharknessMedia für Sie und Ihren Verband sinnvoll ist.

Ihre Ansprechpartner bei SharknessMedia:
Benedikt Wolters und Jörn Rhinow
 Friesenring 70a
 48147 Münster
 Tel 0251 1621850
 Fax 0251 1621847
info@sharkness.de
<http://www.sharkness.de>



Gutachten

Familienpolitische Leistungen bündeln?

Die Frauen Union der CDU hat in einem Gutachten prüfen lassen, ob sich alle familienfördernden Leistungen des Staates und der Sozialsysteme zu einer Familienkasse bündeln lassen. Damit verbindet sich die Frage nach einer besseren und gezielten Förderung von Familien in Deutschland.

Gutachter Professor Jörg Althammer von der Ruhr-Universität Bochum, nimmt mit der Studie erstmals eine genaue Zuordnung der familienpolitischen Leistungen nach den drei Zielsetzungen Steuerrückerstattung, Familienlastenausgleich (zur Kompensation von Lasten, die Eltern durch Erziehung der Kinder entstehen) und Familienleistungsausgleich (zur Abgeltung von Vorteilen, die dadurch der Gesellschaft erwachsen) vor. Dazu zählen das Steuerrecht mit Positionen wie Kinderfreibetrag und Kinderbetreuungskosten, die Sozialsysteme mit der Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei der gesetzlichen Rentenversicherung, die gesetzliche Krankenversicherung mit dem Mutterchaftsgeld und der beitragsfreien Mitversicherung von



"Das Ziel ist keine neue Bürokratie, sondern zielgenaue Förderung von Familien. Eine Familienkasse schafft Transparenz", so FU-Bundesvorsitzende Maria Böhmer.

Angehörigen sowie familienpolitische Transferleistungen wie das Erziehungsgeld oder die Ausbildungsförderung. In der Summe ergibt das eine Familienförderung von 82 Milliarden Euro.

Dabei zeigt die Studie, dass das Volumen der Familienförderung durch das Kindergeld in Deutschland weit unter den offiziell genannten Zahlen bleibt. In der vom Bundesfinanzministerium ausgewiesenen Summe von 34 Milliarden Euro sind 20 Milliarden an von Familien zuviel gezahlten Steuern enthalten. Da die Steuerrückerstattung bei Haushalten mit einem Jahreseinkommen ab 53 000 Euro das Kindergeld übersteigt, erhalten diese Familien kei-

nerlei staatliche Transferleistungen. Der eigentliche Förderanteil beläuft sich also nur auf 14 Milliarden Euro.

Würden die familienpolitischen Leistungen in einer Familienkasse zusammengefasst, so schafft dies laut Studie eine hohe Transparenz. Die Treffsicherheit der Leistungen würde erhöht, Familien, die Hilfe am stärksten benötigten, könnten diese zielgenauer erhalten. Überdies könnte ein transparentes System den Abgabewiderstand mildern. Abgaben für ein allgemein akzeptiertes Ziel wie das der Familienförderung treffen auf mehr Verständnis als Zahlungen in ein anonymes Gesamtaufkommen. Die Ausgestaltung der Familienkasse im Detail ist noch offen. Sollen dort nur monetäre Leistungen gebündelt werden, könnte die Familienkasse beim Finanzamt angesiedelt werden. Sollen auch Aufgaben wie die Kinderbetreuung in die Zuständigkeit der Familienkasse fallen, wäre eine Einrichtung bei den Arbeitsagenturen denkbar. In jedem Fall gilt: Keine neue Bürokratie sondern zielgenaue Förderung von Familien ist das Ziel.

Schröder springt zu kurz

Endlich dämmert auch dem Kanzler der ruhigen Hand, dass man die geplanten Aufmärsche der Neo-Nazis am Brandenburger Tor und dem Holocaust-Mahnmal nicht durch Aufrufe zu Gegendemonstrationen verhindern kann.

Der Bundeskanzler hat eingesehen, dass auch eine Änderung der versammlungsrechtlichen Vorschriften unerlässlich ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfrak-

tion hat einen schnell umsetzbaren Gesetzentwurf bereits im Januar vorgelegt

Schröder aber lässt sich von SPD und Grünen wieder einmal ausbremsen. SPD-Chef Müntefering kündigt an, dass das veränderte Versammlungsrecht bereits gelten solle, wenn am 10. Mai das Holocaust-Mahnmal übergeben wird. Ist Herrn Müntefering entgangen, dass die SPD am 8. Mai aufmarschieren will? Und was treibt die grüne „Innenexpertin“ Stokaran, wenn sie sich mit den Worten zitiert lässt: „Der Platz vor und



Hartmut Koschyk

hinter dem Brandenburger Tor ist bereits durch das Bannmeilengesetz erfasst.“ Schlicht falsch: Erstens gibt es das Bannmeilengesetz gar nicht mehr und zweitens

HÜH UND HOTT BEDEUTET STILLSTAND

Eserinnert an ein Stück aus einem Tollhaus: Bundeskanzler Schröder und Wirtschaftsminister Clement wollen eine Unternehmenssteuerreform vorantreiben, die die Unternehmen entlastet und den Wirtschaftsstandort Deutschland international wieder attraktiver macht.

Der für eine solche Reform zuständige Finanzminister Hans Eichel wird zunächst gar nicht gefragt, spricht sich dann aber klar gegen eine solche Reform aus. Er wird darin unterstützt vom SPD-Parteivorsitzenden Müntefering, der in dieser Legislaturperiode

ebenfalls eine Senkung der Unternehmensteuerlast ablehnt. Auch die Finanzpolitiker von SPD und Grünen mauern und sehen für Entlastungen keinen Spielraum.

Was gilt denn nun? Gilt die Ankündigung von Schröder und Clement oder das, was Müntefering und Eichel sagen? Es scheint, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zumindest verbal das Meinungsspektrum pro und contra Unternehmenssteuerreform vollständig abdecken wollen, um die steuerpolitische Lethargie der Bundesregierung zu

überspielen in der Hoffnung, dass dies keiner merkt. 6,5 Millionen Arbeitslose sind Grund genug, die Untätigkeit im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu beenden. Ablenkungsmanöver und Ankündigungen genügen nicht, um den Standort schön zu reden. Die Unternehmen werden erst wieder investieren, wenn die Regierung ihren Worten endlich Taten folgen lässt. Erst dann werden auch die zum Abbau der Arbeitslosigkeit notwendigen Arbeitsplätze geschaffen.

Michael Meister ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

sind der Pariser Platz und der Platz des 18. März und damit das Brandenburger Tor ausdrücklich nicht Bestandteil des befriedeten Bezirks.

Die Koalition sollte endlich über ihren Schattenspringen und sich dazu durchringen, dem Gesetzentwurf der Union zuzustimmen. Durch eine leichte Ausweitung des befriedeten Bezirks wollen wir Aufzüge der NPD und anderer Extremisten am Brandenburger Tor und dem Holocaust-Mahnmal verhindern. Bundestagspräsident Thierse sollte dazu nicht wider besseres Wissen streuen, dass dadurch „andere legitime, anständige Versammlungen“ erschwert würden. Das ist weder beabsichtigt noch der Fall.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Fraktionssprecher.

Kommunen warnen vor Defizit

Das Gesamtdefizit der Kommunen liegt 2004 mit rund 4,1 Mrd. Euro unter dem Rekorddefizit des Vorjahres (8,5 Mrd. Euro). Diese scheinbare Entspannung beruht jedoch nicht auf einer nachhaltigen Strukturreform der Gemeindefinanzen. Vielmehr müssen die Kommunen für 2005 wieder mit einem Anstieg des



Peter Götz

Gesamtdefizits auf bis zu 7 Mrd. Euro rechnen.

Außerdem mussten die Städte, Gemeinden und Landkreise die Reduzierung ihrer Defizite 2004 mit weiteren Kürzungen bei den Investitionen in die Infrastruktur vor Ort erkaufen. Die kommunalen Investitionen lagen bereits im Jahr 2003 um mehr als ein Drittel unter dem Niveau von 1992 und gingen 2004 um weitere 6,1 Prozent zurück. Das ist Raubbau an der Zukunft unseres Landes.

Dass die kommunale Finanzmisere keineswegs überwunden ist, belegen außerdem die Deckungslücken für laufende Ausgaben in den Verwaltungshaushalten, dem tatsächlichen Indikator für die Finanzlage der Kommunen. Vor vier Jahren lagen die Kassenkredite noch bei rund 7,3 Mrd. Euro, Ende September 2004 waren sie nach Angaben des Deutschen

Städtetags auf einen Rekord von 19,3 Mrd. angestiegen.

Eine der Hauptursachen für die anhaltende Finanzmisere ist die ständige Übertragung neuer Aufgaben und Ausgaben ohne entsprechende Finanzierung durch die Bundesregierung. Aus ordnungspolitischen Gründen fordert die Union daher seit Jahren die Aufnahme des Konnexitätsprinzips in das Grundgesetz. Wir wollen, dass der Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“ wieder gilt.

Außerdem stellten CDU und CSU immer wieder Anträge, die die kommunalen Ausgaben konkret eindämmen und andererseits die kommunalen Einnahmen verstetigen können. Bedauerlicherweise scheitern wir mit unseren Vorhaben an der rot-grünen Mehrheit im Deutschen Bundestag.

Die vollmundigen Ankündigungen des Bundeskanzlers zugunsten der Kommunen im Rahmen der Agenda 2010 waren reine Luftnummern. Noch nie hat eine Bundesregierung so viel versprochen und so wenig gehalten. Anstelle von rot-grünen Falschinformationen fordert die Union endlich Taten für die Kommunen in Deutschland!

Peter Götz ist der kommunalpolitische Fraktionssprecher.

Ideale Materialvorlagen für Ihre Flugblätter/ Veranstaltungsankündigungen

Handzettel

DIN A4

Bestell-Nummer: **0913**

Preis je **500 Stück: 18,00 €**

inkl. MwSt.: 20,88 €



Rahmenplakat

DIN A1

Bestell-Nummer: **8451**

Preis je **50 Stück: 18,00 €**

inkl. MwSt.: 20,88 €

DIN A0

Bestell-Nummer: **8452**

Preis je **50 Stück: 30,00 €**

inkl. MwSt.: 34,80 €



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Bestellschein > Rednerankündigungsplakat

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Bereich Produktion und Distribution
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Fax 030/22 07 03 89

Absender/KV-Nr.		Lieferanschrift (falls nicht identisch)
Rechnungsanschrift		
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Bundesredner	Format DIN A0	gewünschte Exemplare	Format DIN A1	gewünschte Exemplare	Gesamtpreis
Althaus, Dieter	8126		8125		
Beust, Ole von	8902		8901		
Böhmer, Wolfgang	8002		8001		
Böhr, Christoph	8474		8473		
Kauder, Volker	8004		8003		
Koch, Roland	8478		8477		
Lammert, Norbert	8006		8005		
Laumann, Karl-Josef	8900		8899		
Leyen, Ursula von der	8194		8193		
Merkel, Angela	8402		8403		
Merz, Friedrich	8598		8597		
Milbradt, Georg	8008		8007		
Müller, Hildegard	8904		8903		
Müller, Peter	8480		8479		
Peiner, Wolfgang	8906		8905		
Pöttering, Hans-Gert	8908		8907		
Rüttgers, Jürgen	8052		8053		
Schäuble, Wolfgang	8634		8635		
Schavan, Annette	8628		8627		
Schipanski, Dagmar	8912		8911		
Schönbohm, Jörg	8778		8779		
Teufel, Erwin	8404		8405		
Wulff, Christian	8192		8191		

DIN A0
Preis je 50 Stück: 39,00 €
inkl. MwSt.: 45,24 €

DIN A1
Preis je 50 Stück: 25,00 €
inkl. MwSt.: 29,00 €

zzgl. Versandkosten

Datum, Unterschrift

Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

Sonderpreis

Multifunktions-Card – mit Lupe und Kompass

Der Praktiker für unterwegs mit 12 verschiedenen Funktionen.

Bestell-Nummer: **9826**

Preis je **5 Stück: 5,00 €**

inkl. MwSt.: 5,80 €



Fingerklingel „Signal für den Wechsel“

Der trendige Artikel für Skater, Scooterroller und Rollerbladfahrer. Mit Klettverschluss für einen festen Sitz.

Bestell-Nummer: **9825**

Preis je **5 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 11,60 €



Sonderpreis

Nähetui

Mit Schere zum Herausziehen und mit nützlichen Nähutensilien

Bestell-Nummer: **9827**

Preis je **10 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 11,60 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Sonderpreis

Rollbandmaß

2 m

Bestell-Nummer: **9834**

Preis je **5 Stück: 7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €



Flaschenöffner

Bestell-Nummer: **9835**

Preis je **10 Stück: 8,80 €**

inkl. MwSt.: 10,21 €



Sonderpreis

Schlüsselkarabiner

Bestell-Nummer: **9828**

Preis je **5 Stück: 7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €